

Sigmar Gabriel

Ferdinand Lassalle und das Staatsverständnis der Sozialdemokratie

Vor etwas mehr als 15 Monaten hat die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ihr 150-jähriges Bestehen gefeiert. Untrennbar mit der Entstehung der SPD verbunden ist der sozialdemokratische Vordenker Ferdinand Lassalle. Der maßgeblich von ihm am 23. Mai 1863 in Leipzig gegründete Allgemeine Deutsche Arbeiterverein (ADAV) ist neben der knapp sechs Jahre später in Eisenach entstandenen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei die zentrale Vorläuferorganisation der SPD. Lassalle führte die junge Partei jedoch nur knapp über ein Jahr. Am 31. August 1864 erlag Ferdinand Lassalle seinen Verletzungen aus einem Pistolen-Duell, das er selbst aus verschmähter Liebe und gekränktem Stolz provoziert hatte. Anlässlich seines 150. Todestages haben mit Peter Brandt und Detlef Lehnert zwei ausgewiesene Kenner der sozialdemokratischen Geschichte, beide sind auch Mitglieder der Historischen Kommission beim SPD-Parteivorstand, einen Sammelband zu Ferdinand Lassalle herausgegeben. Dabei beschränken sich die Herausgeber und Autoren keineswegs auf eine anekdotische Beschreibung von Lassalles mitunter exzentrischem Lebensstil, die zuletzt das Lassalle-Bild geprägt hat. Vielmehr widmen sie sich seinem programmatischen Erbe.

Die Beiträge behandeln dabei auch mehr als nur das Staatsverständnis Lassalles und der jungen Sozialdemokratie. In drei Teilen setzen sich renommierte Autorinnen und Autoren mit dem ADAV-Gründer auseinander, wobei sich der erste mit den Grundlagen seiner Philosophie und Politik beschäftigt.

Anhand von Schlüsseltexten zeichnen dort Detlef Lehnert, Thilo Ramm und Peter Steinbach die Lassallsche Auffassung und Konzeption von Wohlfahrtsstaat, Recht

und Verfassung nach. Im zweiten Teil des Bandes ziehen Helga Grebing und Detlef Lehnert spannende Vergleiche zu August Bebel und Eduard Bernstein.

Gleichzeitig wird der zeitgenössische Kontext deutlich, in dem sich Lassalle bewegte. So vermittelt Thomas Welskopp das Selbstverständnis der jungen Sozialdemokratie überzeugend am Beispiel des Assoziations- und Genossenschaftswesens. Horst Heimann beschäftigt sich mit Lassalles »Die Wissenschaft und die Arbeiter«, seiner Verteidigungsrede vor dem Berliner Kriminalgericht. Jene Rede fasst nicht nur Lassalles Theorie prägnant zusammen, sie lässt, wie Heimann argumentiert, Schlüsse zum Verhältnis zwischen SPD und Intellektuellen bis in die Gegenwart zu.

Der dritte Teil des Sammelbandes ist der Wirkungs- und Interpretationsgeschichte Lassalles seit Ende des Zweiten Weltkriegs gewidmet. Peter Brandt untersucht in seinem Beitrag die Parallelen und Unterschiede zwischen Kurt Schumacher und Lassalle. Die Beachtung der ADAV-Gründung in den Parteijubiläen der SPD steht im Mittelpunkt des Textes von Heinrich Potthoff. Nach der Wende von Bad Godesberg wurde Lassalle anlässlich der 100. Wiederkehr der ADAV-Gründung im Jahre 1963 zur neuen »Gallionsfigur« der SPD erkoren. Potthoff benennt dabei auch offen die Schwierigkeiten, die mit solch einer Uminterpretation einhergingen.

Probleme bereitete der ADAV-Gründer der DDR-Forschung. Wie Jürgen Hofmann erläutert konnte er als wichtige Figur der Arbeiterbewegung nicht ignoriert werden, stand jedoch mit seinen politischen Konzeptionen weitestgehend konträr zu denen der SED. Erst spät konnte sich dort ein differenziertes Lassalle-Bild

in der DDR-Forschung durchsetzen. Erhard Eppler spannt den Bogen schließlich bis in die Gegenwart und zeigt den Nutzen des Lassallschen Denkens in der aktuellen Krise auf.

Die Texte machen deutlich, dass Lassalle die Theorie und Praxis der Sozialdemokratie deutlich stärker geprägt hat, als es seine kurze Amtszeit als Präsident des ADAV vermuten lässt. Bebel konnte seinerzeit die Sozialdemokratie über Jahrzehnte formen, Lassalle blieben nur 15 Monate als Parteipolitiker. Dennoch ist gerade sein grundlegendes Staatsverständnis auch heute noch in der SPD verankert: Der Wille, nicht durch Gewalt, sondern durch Mitarbeit in einem demokratischen Staatswesen Verbesserungen für Arbeitnehmer zu erreichen. Dafür bedarf es parlamentarischer Mehrheiten. Der ADAV setzte somit zuerst den Kampf für ein allgemeines, gleiches und direktes Wahlrecht auf die Agenda. Eine zentrale Folge der parlamentarischen Arbeit sollte der Aufbau eines sozialen Sicherungssystems für die Arbeiter sein.

Das Buch macht zudem deutlich, dass Lassalle eine auf die politisch Mächtigen und ökonomisch Starken reduzierte Freiheit vehement ablehnte. Freiheit hieß für ihn nicht nur politische Freiheit, sondern auch Freiheit von sozialer Not, Freiheit zur Selbstentfaltung und somit Freiheit für alle. Diese Traditionslinie setzt sich bis heute fort. So steht im Hamburger Programm der SPD: »Unser Verständnis der Grundwerte bewahrt uns davor, Freiheit auf die Freiheit des Marktes, Gerechtigkeit auf den Rechtsstaat, Solidarität auf Armenfürsorge zu reduzieren.« Sicherlich sind die Herausforderungen heutzutage andere, aber die Herstellung von Gerechtigkeit und Chancengleichheit ist weiterhin eine zentrale Aufgabe der Sozialdemokratie.

Der Freiheitsbegriff der Liberalen, das wird bereits in den Vorbemerkungen von Brandt und Lehnert deutlich, erschien Lassalle ungenügend. Entsprechend hielt er

sich mit Kritik an der liberalen Fortschrittspartei nicht zurück und scheute auch nicht den Kontakt zu den Konservativen, der schließlich in seine letztendlich gescheiterten Gespräche mit Otto von Bismarck mündeten. Wie Eppler darlegt war der ADAV-Gründer selbstverständlich kein Anhänger der preußischen Konservativen. Im Gegensatz zu den Liberalen bejahten diese jedoch einen starken Staat, der, wenn auch in geringem Maße, soziale Sicherung bieten konnte. Der im »Manchester-Kapitalismus« des 19. Jahrhunderts tief verwurzelte Glaube an die Wunderwirkung der »unsichtbaren Hand«, die immer wieder automatisch eine Selbstregulierung des Marktes herbeiführt und dadurch den Staat als politischen Akteur fast überflüssig werden lässt, wurde von Lassalle nicht geteilt. Der Staat sollte und musste als Akteur auch im Wirtschaftsleben aktiv sein. Lassalles häufig emotionale Kritik an den Liberalen seiner Zeit erschien in späteren Jahrzehnten als überzogen und nicht mehr zeitgemäß. Von Friedrich Naumann bis zur sozial-liberalen Koalition gab es schließlich genügend Linksliberale, die sich für den Sozialstaat einsetzten – und die FDP seinerzeit zu einer relevanten politischen Kraft in Deutschland machten

Die neoliberale Wende hat den Mahner Lassalle jedoch wieder aktuell werden lassen. Eppler kritisiert berechtigterweise eine Staatsverneinung im Marktradikalismus der vergangenen zwei Jahrzehnte, die bekanntlich massive Folgen nach sich zog und immer noch zieht. Diese Folgen gehen weit über die Finanzkrise hinaus und beinhalten einen zumindest mittelfristigen Vertrauensverlust in die politischen Institutionen und Parteien.

Lassalles Worte und Taten fasse ich daher als Plädoyer für einen Staat auf, der auch auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik handlungsfähig ist. Er muss Innovationen fördern können, den Wettbewerb

Der Staat als Akteur auch im Wirtschaftsleben

stärken, aber auch Grenzen setzen, wenn es nötig ist. Im Sinne einer sozialen Marktwirtschaft beinhaltet das auch den Schutz abhängig Beschäftigter – bis hin zu einem Mindestlohn. In diesem Sinne ist Lassalle auch heute noch als Mahner und Ideengeber aktuell und der Sammelband als Lektüre ausdrücklich zu empfehlen. Schließlich erscheint uns, wie Eppler abschließend anmerkt, die Logik Lassalles im Zuge der großen Finanzkrise und eineinhalb Jahrhunderte nach dessen Tod heute weniger realitätsfern als den Generationen vor uns.

Peter Brandt und Detlef Lehnert haben mit diesem Sammelband einen wich-

tigen Beitrag zu Lassalles 150. Todesjahr vorgelegt. Zusammen mit den anderen Autorinnen und Autoren gelingt es ihnen, das ideengeschichtliche Erbe Lassalles wissenschaftlich präzise und politisch informiert auszuleuchten. Auf diese Weise ist ein Buch entstanden, das dem Programmatiker Lassalle wieder den gebührenden historischen Stellenwert einräumt und wichtige Anknüpfungspunkte für die heutige Sozialdemokratie bietet.

Peter Brandt/Detlef Lehnert (Hg.): Ferdinand Lassalle und das Staatsverständnis der Sozialdemokratie. Nomos, Baden-Baden 2014, 246 S., 34 €.



Sigmar Gabriel

ist SPD-Parteivorsitzender, Bundesminister für Wirtschaft und Energie und Mitherausgeber der NG/FH.

sigmar.gabriel@spd.de

André Brie

Zwischen Ideologie und praktischer Politik

Welchen Weg sollte Die Linke in der Außen- und Europapolitik künftig gehen?

Abgesehen davon, dass es in der inzwischen stärker und vor allem offizieller gewordenen Diskussion über Möglichkeit und Bedingungen eines rot-rot-grünen Regierungsprojektes auf Bundesebene ohnehin nicht nur um ein Parteienbündnis, sondern auch um seine gesellschaftliche Mehrheitsakzeptanz, möglichst breite zivilgesellschaftliche Unterstützung und eine entsprechende politische Kultur in der Bundesrepublik gehen muss, sind – wie das letztjährige Wahlergebnis bei der Bundestagswahl zeigt – die Voraussetzungen zunächst deutlich ungünstiger geworden. Wenn aber durch die Führung der SPD bzw. der Grünen die Fragen nach der au-

ßen- und europapolitischen Orientierung der Partei Die Linke in den Mittelpunkt gestellt werden, drohen diese notwendigen Fragen jedoch aus dem Blick zu geraten. Die jüngsten Äußerungen aus allen drei Parteien verweisen die Chancen eines »rot-rot-grünen« Regierungsbündnisses offensichtlich ohnehin höchsten wieder in eine fernere Zukunft – wenn überhaupt. Es scheint gegenwärtig – zumindest in den Führungsebenen – kaum ein realistisches alternatives Projekt zu sein und dafür auch keine Notwendigkeit zu bestehen.

Bei den Regierungswechseln in den 60er und 90er Jahren war das spürbar anders. Sowohl das Zustandekommen der